

Protokoll – öffentlicher Teil

49. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.02.2024
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Tiemo Reimann	SPD	bis 18:00 Uhr
---------------	-----	---------------

Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	Vertretung für: Dr.med. Carmen Klockow; bis 19:00 Uhr
Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Birgit Eifler
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Matthias Kaiser	CDU	
René Kulke	DIE aNDERE	Vertretung für: Annina Beck
Katharina Tietz	anerkannter freier Träger	
Dr. Patrick Arnold	Freie Demokraten	Vertretung für: Madeleine Floiger; ab 16:50 Uhr
Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	

stellv. Mitglieder

Robert Müller	anerkannte freie Träger
---------------	-------------------------

beratende Mitglieder

Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	ab 16:35 Uhr
Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Fereshta Hussain	MigrantInnenbeirat	

Beigeordnete

Prof. Dr. Walid Hafezi	bis 17:40 Uhr
------------------------	---------------

Protokollführung

Eva Thäle

Abwesend

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
Leon Troche	SPD	entschuldigt
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt

beratende Mitglieder

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Lisette MacEwen	Kreiselterrat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024

- 11 Anträge

- 11.2 Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam

- 11.1 Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts
Unterausschuss Jugendhilfeplanung

- 8 Informationen des Jugendamtes

- 8.1 aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam

- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 6 Information des Ausschussvorsitzenden zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbudget und Kinder- und Jugendbeauftragte

- 7 Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger

- 8 Informationen des Jugendamtes

- 8.2 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohlprinzip

- 8.3 Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen

- 9 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

- 10 Bericht des Kita-Elternbeirates

- 12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 12.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676

- 12.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/1291

- 12.2.1 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag
Fraktion Die Linke 23/SVV/1291-01

- 13 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung. Er kündigt an, dass er die Sitzung um 18:00 Uhr verlassen muss und Frau Dr. Sigrid Müller als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung übernehmen wird.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 11.2 „Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam“ ergänzt werde. Er begründet die Dringlichkeit und lässt dazu abstimmen. Diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Weiterhin sollen die Tagesordnungspunkte 3 „Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023“, 4 „Entscheidungen über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024“ und 8.3 „Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen“ auf die Märzsitzung zurückgestellt werden.

Die Tagesordnungspunkte 11.2 „Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam“, 11.1 „Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts“ und 8.1 „aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam“ wollen man vor den Tagesordnungspunkt 5 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ vorziehen. Danach solle in der vorgegebenen Reihenfolge fortgefahren werden.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann stellt das Rederecht für Frau Kathrin Finke-Jetschmanegg und Annemarie Busse zum Tagesordnungspunkt 7 „Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger“ zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Märzsitzung vertagt werde, da das Protokoll vom 14.12.2023 noch nicht vorliege.

4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Märzsitzung vertagt werde, da das Protokoll vom 18.01.2024 noch nicht vorliege.

11 Anträge

11.2 Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam

geändert beschlossen

Herr Reimann erläutert den Antrag und begründet erneut die Dringlichkeit.

In der anschließenden Diskussion gibt es keine Kontroversen und die Mitglieder begrüßen den Antrag. Man ist sich einig, dass Frau Stefanie Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen die Stelle bekleiden sollte. Man einigt sich, dass man den Antrag mit „zum schnellstmöglichen Zeitpunkt“ ergänzen werde.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung soll beschließen, der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam, § 3a, die Stelle der Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen zur hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam **zum schnellstmöglichen Zeitpunkt** zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11.1 Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts

geändert beschlossen

Herr Ströber bringt den Antrag ein.

Herr Reimann ergänzt, dass der Antrag zur Selbstbefassung im Jugendhilfeausschuss sei und nicht in die Stadtverordnetenversammlung weitergereicht werde.

Herr Prof. Dr. Hafezi befürwortet den Antrag. Er bekräftigt, dass man sich schon seit längerem im Jugendamt damit auseinandersetze. Man sei auch geschäftsübergreifend dazu in Gesprächen, um zu schauen, wie man das Erarbeitete in Arbeitsgemeinschaften oder im

Stab zusammenführen könne. Es gebe ein Bundesgesetz, aber das Land Brandenburg sei noch nicht so weit. Bevor es keine gesetzliche Grundlage und Verordnung gebe, könne man die finanziellen Aspekte die aus den Änderungen resultieren, nicht klären. Ihm sei klar, dass man ggf. eigene Ressourcen innerhalb der Verwaltung finden müsse. Er bittet darum die Ergebnisse in der Aprilsitzung vorstellen zu können und dies im Antragstext entsprechend zu ändern.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, in einer Übersicht dazustellen, welche verpflichtenden Aufgabenstellungen aus der Änderungen des SGB8 für die Arbeit des Jugendamtes resultieren.

Dabei soll auch aufgezeigt werden, in welchen Schritten und in welcher zeitlichen Abfolge diese Änderungen vorbereitet und umgesetzt werden.

Dem Jugendhilfeausschuss ist diese Zusammenstellung zu seiner Sitzung am **18.04.2024** 14.03.2024 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

8 Informationen des Jugendamtes

8.1 aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam

Herr Reimann erläutert, dass es im Februar einen Zeitungsartikel gegeben habe, bei dem berichtet wurde, dass im Oberlinhaus eine Familienberatungsstelle eröffnet worden sei. Laut Beschluss habe man aber vereinbart, dass die nächsten Eröffnungen in den Sozialräumen 5 und 6 erfolgen sollten. Er bittet um Begründung.

Herr Prof. Dr. Hafezi verweist darauf, dass man die sozialräumliche Verortung nicht aus dem Blick verloren habe.

Frau Miriam Peters, Bereichsleiterin Regionale Kinder- und Jugendhilfe Bereich 232 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass das Oberlinhaus ein Beratungsangebot in den Roten Kasernen in Potsdam anbiete, wo auch bereits Frühförderung angeboten werde. Die Anlaufstelle sei nach § 16 „Allgemein Förderung der Erziehung in der Familie“ des SGB VIII entstanden, um ein Modellprojekt zu starten. Der Beschluss beziehe sich auch den § 28 „Erziehungsberatung“ nach SGB VIII. Man werde das Interessenbekundungsverfahren im Frühjahr auf den Weg bringen.

5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Radon berichtet, dass er Mitglied im Kreisschülerrat und aktuell am Oberstufenzentrum I – Technik Schüler sei. In der letzten Sitzung habe man wie immer Arbeitsgruppen gebildet und sich in diesen mit der Ausstattung an Schulen, Rechtsextremismus an Schulen sowie dem Aufenthalt für Jugendliche in der Freizeit beschäftigt.

Herr Otto bittet darum die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

6 Information des Ausschussvorsitzenden zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbudget und Kinder- und Jugendbeauftragte

Herr Reimann berichtet, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Lösung zum Kinder- und Jugendbudget präsentiert werde. Weiterhin bittet er darum, dass sich weitere Teilnehmer für das avisierte Gespräch zwischen Ausschussmitgliedern und der Verwaltung zur Stellungnahme zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt bzw. im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) melden sollten.

Hierzu melden sich, neben bereits Frau Dulle und Herr Kulke, Frau Frenkler, Herr Ströber, Frau Dr. Müller und Herr Wietschel an.

7 Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger

Frau Finke-Jetschmanegg, Leiterin Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen der Stiftung SPI, und Frau Busse, Projektleiterin Potsdam des Paragraph 13 e.V., stellen anhand einer Präsentation vor (Anlage 1).

Herr Prof. Dr. Hafezi bedankt sich bei den Vortragenden und berichtet, dass die Rückmeldung an ihn aus den Schulen zur Schulsozialarbeit durchweg positiv sei. Der deutliche Anstieg psychischer Belastungen sei beunruhigend. Dazu würde er sich gerne noch einmal mit den Ansprechpartnerinnen austauschen. Auch in Bezug auf die Schnittstelle zur Agentur für Arbeit bezüglich der Schulsozialarbeit in Potsdam müsse man sich stärker aufstellen und das erneut besprechen.

In der anschließenden Diskussion bedanken sich auch die Ausschussmitglieder für die Präsentation und sehr gute Arbeit der Schulsozialarbeiter*innen in Potsdam. Der Jugendhilfeausschuss könne die Schulsozialarbeit unterstützen, indem man regelmäßig zu aktuellen Entwicklungen, zum Beispiel anhand thematisch bezogenen Situationsberichten, in den Sitzungen berichten könnte. Auch die Vorstellung in anderen Gremien könnte helfen. Auch Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass die Stärkung der Schulsozialarbeit eine wichtige Frage sei. Es sei frustrierend, dass diese nicht im Schulgesetz verankert sei. Ansonsten arbeite man laut Frau Finke-Jetschmanegg und Frau Busse in Potsdam jedoch mit einem großen und gut ausgebauten Netzwerk zusammen.

Es wird vereinbart, dass man sich einmal jährlich eine Präsentation im Jugendhilfeausschuss wünsche. Für die Novembersitzung 2024 wird ein Abschlussbericht für dieses Jahr vereinbart. Herr Ströber schlägt vor, dass man sich vorab damit in der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe befassen werde.

Herr Kulke informiert zum landesweiten Fachtag zur Schulsozialarbeit in Brandenburg am Dienstag, den 12.11.2024 im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) in Ludwigsfelde. Weitere Informationen finde man unter [Landesweiter Fachtag Schulsozialarbeit 2024 – Die kobra.net-Website für Schulsozialarbeit im Land Brandenburg \(kobranet.de\)](https://www.kobra.net-Website-für-Schulsozialarbeit-im-Land-Brandenburg-kobranet.de).

8 Informationen des Jugendamtes

8.2 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohlprinzip

Frau Buhr rekapituliert, dass man mittels des Positionspapieres der kinderfreundlichen Kommune Inflationen und Energiepreissteigerungen ab puffern wolle und sich somit Einsparungen nicht auf die Bereiche von Kinder und Jugendliche auswirken sollten. Mehrere Kommunen hätten mitgezeichnet, Potsdam sei noch ausstehend gewesen. Daraufhin hätte es einen Beschluss gegeben, dass das Positionspapier auch durch den Potsdamer Oberbürgermeister zu unterzeichnen wäre. Jetzt sei man eine Modellkommune mit dem Versuch, den Haushalt nach Kindeswohlvorrangprinzip aufzustellen. In Abstimmung mit Krefeld habe Frau Buhr erste Erfahrungen zu diesem Vorgehen sammeln können, ein Folgetreffen finde im März statt. Aktuell formuliere man innerhalb einer Strategiegruppe in der Verwaltung Kennzahlen, die unter anderem die einzelnen Geschäftsbereiche betreffen. Daraus würden dann strategische Produkte entwickelt. Gemeinsam mit Krefeld und Remscheid treffe man sich dreimal jährlich, um Fortschritte zu dokumentieren. Die abschließende Umsetzung sei für den Doppelhaushalt 2026/2027 geplant. Zur praktischen Übung wolle man ein Planspiel entwickeln, womit zum Beispiel auch Jugendliche im Politikunterricht arbeiten könnten.

In der anschließenden Diskussion sichern die Ausschussmitglieder Unterstützung für das Vorgehen zu. Die Entwicklungen seien ihnen zu langsam. Herr Reimann schlägt vor Frau Buhr in die Fraktionssitzung einzuladen, um dort gemeinsam daran zu arbeiten. Auch Herr Ströber sagt eine Behandlung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu. Frau Tietz und Frau Schultheiss schlagen vor, dass man die Thematik auch nachhaltig sichern müsse. Zum Beispiel könne man dies in die Richtlinien der Jugendförderung aufnehmen und einen Prüfantrag formulieren.

Frau Buhr schlägt vor im März nach dem Treffen mit der Kommune Krefeld zu dem Thema erneut zu berichten. Weiterhin könne man im zweiten Halbjahr 2024 im Jugendhilfeausschuss die Indikatoren gemeinsam abstimmen.

8.3 Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung auf die Märzsitzung vertagt.

PAUSE 18:08 – 18:20 Uhr

9 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Reimann hat die Sitzung verlassen und Frau Dr. Müller übernimmt als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 01.02.2024 getagt.

Man habe gemeinsam mit Frau Buhr entschieden, dass sie stets eingeladen werde, um gegebenenfalls an bestimmten Tagesordnungspunkten eingebunden werden zu können.

Zum Sachstand zur Evaluation Arche-Stelle OKJA sei die Vorstellung der Kriterien für März geplant. Es sei gewünscht, dass die Kriterien vorab den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Prof. Dr. Hafezi habe erneut nicht am Unterausschuss teilnehmen können. Sein Beitrag zur Kommunikations- und Gremienstruktur konnte daher wiederum nicht von ihm dargestellt werden. Zumal sich die strukturelle Kommunikation mit den Erbringenden der Leistungen auf einem Tiefstand befinde. Eine gute Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern, besonders zu Planungsprozessen, bedürfe einer größeren Präferenz. Frau Peters habe berichtet, dass es verwaltungsintern einen Austausch dazu gegeben habe. Das Ergebnis sei, dass Herr Prof. Dr. Hafezi die RAKs stärken und mehr in den Vordergrund bringen wolle. Dazu solle es einen Workshop mit allen RAK-Beteiligten im Mai 2024 geben. Das bisherige und geplante Vorgehen der Verwaltung zur Überarbeitung der Gremienstruktur nach der Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss im Oktober 2022 sei kritisiert worden. Es sei vereinbart worden, dass keine Einladung an die RAKs versendet werde, bevor die Thematik im Unterausschuss und Jugendhilfeausschuss geklärt worden sei. Man habe eine verbindliche Vereinbarung getroffen, dass in der Märzsitzung die inhaltliche Behandlung sowie zum weiteren Verfahren gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Hafezi erfolgen werde.

Das Thema Rahmenkonzept Familienzentren werde in der Märzsitzung des Unterausschusses behandelt.

Zu den Verfahrenslotsen nach dem SGB VIII, die seit dem 01.10.2024 verpflichtend seien, berichtet Frau Peters, dass man 1 ½ Stellen für das Jugendamt zur Verfügung hätte. Die Stellenausschreibung sei weiterhin geplant. Die inhaltliche Einführung und Verortung der Stellen innerhalb der Verwaltung sei noch nicht klar. Diese müssten regelmäßig dem Jugendhilfeausschuss Bericht erstatten. Generell gebe es durch die Neuerungen des SGB VIII bereits aktuell und in den kommenden Jahren Rechtsansprüche, die von der Verwaltung umgesetzt werden müssten. Es wird vereinbart, dass die Stadtverwaltung mittels eines Antrages des Unterausschusses im nächsten Jugendhilfeausschuss aufgefordert werde, dazu Stellung zu beziehen.

Weiterhin werde Herr Ströber als Vorsitzender des Unterausschusses zu einer Trägerkonferenz einladen, um gemeinsam die neue Legislatur des Jugendhilfeausschusses zu planen. Die Vertreter für die Wahl müssten bis spätestens 31.05.2024 feststehen, um für die Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2024 vorzuliegen. Der Termin findet am 29.05.2024 im Treffpunkt Freizeit statt. Einladungen dazu würden zeitnah erfolgen.

Frau Finke-Jetschmanegg habe berichtet, dass die bisher geplante Zeitleiste des Jugendförderplanes nicht zu halten sei, da die Arbeitsgemeinschaft dazu nicht getagt hätte. Eine neue Zeitleiste sei noch nicht zu vermelden. Es werde gefordert, dass man seitens der Verwaltung eine Aussage zum weiteren Vorgehen geben werde, wann die Planungen wieder im normalen Lauf sein würden – haushaltäratisch und inhaltlich. Es wird gefordert, dass die Stellenplanungen für 2024 nachträglich beschlossen werden müssen.

Für die neue Legislatur des Unterausschusses plane man die Pflege einer fortlaufenden Liste zu den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

In der Junisitzung des Unterausschusses wolle man sich mit den Ergebnissen der Organisations-Untersuchung befassen.

Man wolle eine Klausurtagung des bisherigen Jugendhilfeausschusses organisieren, um dort anhand einer Problembeschreibung mit Ausrichtungsempfehlung Vorbereitungen für den neuen Jugendhilfeausschuss treffen zu können. Am 30.05.2024 finde voraussichtlich die letzte Sitzung in der aktuellen Legislatur statt. Im nächsten Ausschuss wolle man einen gemeinsamen Terminvorschlag für Samstag, den 15.06.2024 ab 10 Uhr abstimmen.

Herr Reimann habe im Unterausschuss informiert, dass das vereinbarte Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu den Themen Kinder- und Jugendbudget und Kinder- Jugendbeauftragte stattgefunden habe. Die Förderrichtlinie zum Kinder- und Jugendbudget werde momentan vom Oberbürgermeister ausgearbeitet.

Um Sitzungsgeld für den Jugendbeirat im Jugendhilfeausschuss erwirken zu können, müsse dafür die Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam geändert werden. Die Stellungnahmen für Anspruch auf Sitzungsgelder seien in der Kommunalverfassung geregelt. Hier sei der Jugendbeirat bislang nicht hinterlegt. Man wolle die mögliche Aufnahme des Jugendbeirates nach der Kommunalwahl am 9.6.2024 angehen. Herr Otto wolle sich mit seiner Fraktion an die Arbeitsgemeinschaft „Kommunales Ehrenamt“ wenden sowie gegebenenfalls an Frau Krumrey, Kinder- und Jugendbeauftragte des Landes Brandenburg, falls es dafür eventuell auch Landesgelder gebe.

Herr Reimann habe zu der Stellungnahme des Jugendamtes zu den notwendigen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst informiert, dass sich nach dem letzten Jugendhilfeausschuss nur 2 Personen für das Gespräch mit der Verwaltung zu dem Thema gemeldet hätten. Er werde in der Februarsitzung erneut zur Teilnahme aufrufen.

Frau Dr. Müller ergänzt zur geplanten Klausur des Jugendhilfeausschusses, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung dem Ausschuss vorschlage, die Wahlperiodenarbeit mit einer Klausur zu beenden, um zu erarbeiten, was dem nächsten Jugendhilfeausschuss fachlich-inhaltlich mit auf den Weg gegeben werden könne.

Herr Ströber berichtet erneut im Namen der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe. Er sei für den Jugendhilfeausschuss Mitglied der Lenkungsgruppe. Dort würden folgende Akteure die Themen der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe gemeinsam beraten und beschließen:

- Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Fachbereichsleitung FB 23
- Schulamt: Schulräte der Grund- und weiterführenden Schulen
- Schulträger
- Koordinierungsstelle je zu Hälfte Jugendhilfe/ Schulverwaltung
- moderiert: Kobranet

Im vergangenen Jahr habe die Fachbereichsleitung nur unzureichend die Leitungsbeteiligung an dieser Arbeitsgruppe sicherstellen können. Dies führte zu ansteigender Kritik seitens der Schulräte. Zudem sei die anteilige Stellenbesetzung der Koordinierungsstelle durch die Schulverwaltung seit langem nicht realisiert.

1. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kooperation Schule / Jugendhilfe, wie im Rahmenkonzept beschlossen, auf konstruktiv hohem Niveau weitergeführt werden kann?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass aus dem Bereich Bildung- und Sport die Besetzung der 2 Koordinierungsstelle zeitnah erfolgen kann?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stelle der Jugendhilfe, nahtlos ab März weiter besetzt bleibt?
4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe durch die Fachbereichsleitung gesichert wird?

Er bekräftigt, dass sich die Situation mittlerweile zugespitzt habe.

Frau Dr. Müller schlägt vor die kommissarische Jugendamtsleitung aufzufordern, die personelle Absicherung an den Sitzungen der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe sicherzustellen. Dies solle im Protokoll hinterlegt werden. Man sei sich einig, dass der Beigeordnete eine Lösung finden müsse. Frau Dr. Müller stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmung:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 1

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

AG HzE

Frau Krönes berichtet zur letzten Sitzung. Man habe sich mit NOW! befasst, d.h. bezüglich der Auswertung und des Rückblickes nach einem Jahr. Sie gibt den Hinweis, dass eine städtische Finanzierung notwendig sei.

Es werde Termine zur Finanzierung der ambulanten freien Träger sowie Erziehungs- und Familienberatung geben. Aktuell sei man mit Herr Prof. Dr. Hafezi im Gespräch.

Für die Jahresplanung habe man folgende Jahresthemen festgelegt: Vorstellung Familienzentren der Fachhochschule im Mai, Inklusive Familienberatungsstelle mit dem Schwerpunkt Inklusion im September sowie Systemsprenger in der Novembersitzung.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass am 30.01.2024 Neuwahlen stattgefunden hätten und man erneut am 13.02.2024 getagt habe. Sie berichtet zur Konstituierung, zur Sondersitzung mit Herrn Prof. Dr. Hafezi zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung, zu Standorten/ Auslastung der Einrichtungen und zu Kinder mit besonderen Bedarfen. Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 2).

Weiterhin berichtet Sie zur E-Mail bezüglich eines Schreibens der Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Kita Personalverordnung. Der Jugendhilfeausschuss habe dieses wegen der Bedeutung vor der Sitzung zur Kenntnis erhalten und die Verwaltung sollte mit der Beantwortung beauftragt werden. Über die Ergebnisse sollte der Jugendhilfeausschuss informiert werden.

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung des Jugendamtes, das Schreiben der Liga der freien Wohlfahrtsverbände zur Kita-Personalverordnung des Landes - Befragung zur Auslegung der geltenden Kita-Personalverordnung - fristgemäß bis zum 01.03.2024 zu beantworten. Der Jugendhilfeausschuss ist über den Inhalt der Antwort zu informieren.

Sie bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss am 14.03.2024 einen Tagesordnungspunkt zur Bearbeitung von Bildung- und Teilhabeanträgen (BuT-Anträge) auf die Tagesordnung zu nehmen.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

Frau Tietz bittet darum, dass die Berichte der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sowie des Kita-Elternbeirates den Ausschussmitgliedern zeitnah, unabhängig vom Protokoll, per E-Mail zur Verfügung gestellt werden.

10 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass man Ende Januar die zweite Beiratssitzung in dieser Legislatur gehabt habe und sich in dieser Sitzung mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt habe. Zum einen man sich als Beirat einstimmig und klar für Demokratie und gegen Rassismus, Hetze und Ausgrenzung positioniert. Was aus ihrer Sicht selbstverständlich sein sollte, würden andere Kreiskitaelternbeiräte momentan nicht schaffen, weil antidemokratische Strukturen weiter sehr bewusst die bürgerschaftliche Arbeit unterwandern würden. Man habe sich weiterhin mit vier konkreten Themenbereichen auseinandergesetzt, die sie in den nächsten Monaten beschäftigen würden. Und man habe sich zu Projekten und Initiativen ausgetauscht, die man als Beirat unterstütze. Unter anderem sei man Mit-Initiator der Volkshilfeschule, die sich für ein kostenloses Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler an brandenburgischen Grundschulen einsetze.

Einer der vier bereits angesprochenen Themenbereiche sei die Inklusion in Kitas und Horten - hier habe man, basierend auf Ergebnissen aus der Fachkräfte-Umfrage aus der letzten Legislatur und Ideen, die im Rahmen der Unter-AG der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB

VIII entstanden seien, ein Positionspapier verfasst und veröffentlicht.

Abschließend wolle man sich dem wirklich wichtigen und sehr guten Statement des Vorstands der Potsdamer AWO zur Armutsentwicklung in Potsdam anschließen. Man greife hier den Appell von Frau Schweers an die Stadtgesellschaft, sich gegen Armut zu verbünden, gern auf. Potsdam könne das nur als Gemeinschaft schaffen - der Bereich Kinder- und Jugendhilfe könne hier mit gutem Beispiel vorangehen.

12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

12.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
ungeändert beschlossen

Wiedervorlage vom 28.09.2023, 19.10.2023, 23.11.2023, 14.12.2023 und 18.01.2024.

Frau Dr. Müller rekapituliert die Genese bis zur heutigen Ausschusssitzung.

Frau Bartelt erläutert, dass eine Bearbeitung stattgefunden hätte, es jedoch keine Antwort darauf gebe. Sie bittet darum den so vorliegenden Antrag zu beschließen.

Frau Dr. Müller stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. B. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungs-Freigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.
- Der Stadtverordnetenversammlung ist über die strukturelle Verankerung einer

entsprechenden Grundlage in die Geschäftsprozesse zur Unterbringung durch die jeweiligen Teams im Fachbereich 3 der Landeshauptstadt Potsdam im Oktober 2023 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

12.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen

23/SVV/1291
geändert beschlossen

12.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag

23/SVV/1291-01

Frau Dr. Müller bringt den Änderungsantrag ein.

Sie stellt die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Drucksache 23/SVV/1291 wird wie folgt gefasst:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zunächst in zwei Sozialräumen auf je einem der großen, viel frequentierten Spielplätzen- z.B. auf der Freundschaftsinsel und im Volkspark (Wasserspielplatz) - Outdoor-Wickeltische als Modellprojekt einrichten zu lassen.

Das Modellprojekt wird nach einem Jahr Laufzeit evaluiert.

In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Evaluierung ist zu gewährleisten, dass das Aufstellen von Wickeltischen bei der Neuplanung und Sanierung von Spielplätzen regelmäßig geprüft und entsprechend umgesetzt wird.

Über den Stand der Umsetzung des Modellprojektes ist der Jugendhilfeausschuss im Dezember 2024 zu informieren.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in jedem Sozialraum auf mindestens einem großen und viel frequentierten Spielplatz einen Outdoor-Wickeltisch einzurichten.~~

~~Bei der Neuplanung oder Sanierung von Spielplätzen für 0- bis 6-jährige ist zukünftig immer die Einrichtung eines solchen Outdoor-Wickeltisches zu prüfen und bei Eignung umzusetzen. Über die Umsetzung ist bis Ende 2024 dem Jugendhilfeausschuss zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

13 Sonstiges

Herr Kaiser berichtet, dass der Oberbürgermeister bei der Fraktionssitzung der CDU anwesend gewesen sei und ein Projekt zur Stadtteilratsstruktur in Stadtteilen vorgestellt habe.

Man habe vorgeschlagen auch Jugendliche zu beteiligen. Der Oberbürgermeister sei für konkrete Vorschläge diesbezüglich offen. Herr Kaiser möchte als Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag dazu unterbreiten.

In der anschließenden Diskussion wird dies kontrovers diskutiert. Auch im Hauptausschuss habe es viel Kritik zu dem Vorschlag des Oberbürgermeisters gegeben. Dort sei der Vorschlag zunächst zurückgestellt worden, um das Papier zu überarbeiten. Auch Frau Buhr befürchtet, dass man das Format und die Bedingungen erheblich anpassen müsste, um Jugendliche in für die Beteiligung zu motivieren. Frau Tietz verweist auf das Kinder- und Jugendbüro sowie auf die Stadtteiljugendclubs.

Es wird der Antrag auf Ende der Debatte gestellt.

Abstimmung:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Man werde im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprechen, wie man verfahren wolle und im nächsten Jugendhilfeausschuss berichten.

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Sigrid Müller
Timo Reimann

Eva Thäle